



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

XXII. GP.-NR

1387/AB

2004 -03- 29

zu 1418/J

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

DR. ERNST STRASSER
HERRENGASSE 7
A-1014 WIEN
POSTFACH 100
TEL +43-1 53126-2352
FAX +43-1 53126-2191
ernst.strasser@bmi.gv.at

DVR: 0000051

GZ 50.115/1937-I/1/c/04

Wien, am 26. März 2004

Die Abgeordneten zum Nationalrat Katharina Peffer und GenossInnen haben am 10. Februar 2004, unter der Nr. 1418/J, an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Situation der burgenländischen ZollwachebeamtInnen“ gerichtet:

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Die Beantwortung der Fragen 1 bis 4, 6 und 7 fällt in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministeriums für Finanzen und kann daher durch das Bundesministerium für Inneres keine Beantwortung erfolgen.

Zu Frage 5:

Nach dem Ressortübereinkommen zwischen dem Bundesminister für Finanzen und mir wurden mit 1. September 2003 einhundert ZollwachebeamtInnen in das Bundesministerium für Inneres Zentralstelle oder zu einer nachgeordneten Dienststelle des Bundesministeriums für Inneres versetzt. Mit 1. Mai 2004 sollen noch weitere 930 ZollwachebeamtInnen versetzt werden. Das Versetzungsverfahren führt das Bundesministerium für Finanzen. Maßgeblich für eine Versetzung ist die Abgabe einer Optionserklärung für einen Wechsel in das Bundesministerium für Inneres.